

Klimaforscher Stefan Rahmstorf und Hans Joachim-Schellnhuber fordern mit Klimaaktivisten Berliner Landesregierung zur fossilfreien Wirtschaft und Politik zur Rettung des Weltklimas auf

In den Brief wird die Berliner Landesregierung aufgefordert, kein Geld mehr in Unternehmen zu investieren, die fossile Energieträger verbreiten. Auch die Banken, die solche Investments finanzieren, soll Berlin meiden.

Aus Sicht der Unterzeichner – zu den prominentesten zählen Stefan Rahmstorf und Hans-Joachim Schellnhuber (Klimaberater der Kanzlerin) vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) – sind solche Investments nicht nur fragwürdig, sondern auch riskant: Um das weltweit angestrebte Ziel von maximal zwei Grad globalem Temperaturanstieg einzuhalten, sollen nämlich rund 80 Prozent der fossilen Energieträger im Boden bleiben.

Hier der Brief an die Berliner Landesregierung:

Sehr geehrter Bürgermeister Herr Müller,
Sehr geehrter Senator für Finanzen Herr Kollatz-Ahnen,
Sehr geehrte Abgeordnete und Mitglieder des Senats,

die Stadt Berlin will einen ambitionierten Klimaschutz betreiben und bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden. Im Gegensatz dazu steht, dass die Hauptstadt zeitgleich durch ihre Geldanlagen in fossile Brennstoffunternehmen investiert. Berlin sollte Klimaschutz ganzheitlich und konsequent ausführen. Dazu gehört, dass bestehende Investitionen in Unternehmen, die fossile Energieträger fördern, verarbeiten und vertreiben, beendet werden und solche Investitionen auch zukünftig ausgeschlossen werden .

Die Beweislage zur globalen Erwärmung ist überwältigend und wird von der Stadt Berlin anerkannt. Klimarisiken, die sich jenseits der 2°C Leitplanke häufen dürften, werden auch Deutschland betreffen. Der Berliner Senat stellte bereits 2009 fest: „In den zurückliegenden Jahren führte der globale Klimawandel auch in Berlin zu wachsenden Belastungen für verschiedene Bereiche der städtischen Infrastruktur.“

Die internationale Staatengemeinschaft einigte sich auf das Ziel, die Erderwärmung aufgrund dieser Risiken auf 2°C zu begrenzen. Daraus ergibt sich ein Maximalbudget für CO₂-Emissionen, das beim

Verbrennen aller förderbaren Reserven fossiler Energieträger um ein Vielfaches überschritten würde. Um die 2°C Leitplanke zu beachten, müssen etwa 80% der bekannten Kohle-, Öl- und Gasreserven im Boden bleiben.

Derzeit hält die Stadt Berlin rund 1 Milliarde Euro an investierbarem Finanzanlagevermögen. Den größten Anteil davon stellen mit etwa 600 Millionen Euro die Versorgungsrücklagen des Landes, für Pensionen von Beamten. Knapp 36 Millionen Euro umfasst das Vermögen der Stiftungen Berlins. Den Rest des Anlagevermögens stellen Finanzanlagen der Beteiligungsunternehmen des Landes. Teile dieses städtischen Vermögens werden in Aktien oder Fonds gewinnbringend angelegt. Dabei ermöglicht das Anlagekonzept der Stadt unter anderem Investitionen in Firmen, die zu den 200 Kohle-, Öl- und Gasunternehmen gehören, die den überwiegenden Teil an fossilen Brennstoffreserven halten; zu den bekanntesten darunter zählen BASF, E.ON, Enel, ENI, GDF Suez, Repsol YPF, RWE und Total. Außerdem finden sich in diesen Fonds Kreditinstitute, die die fossile Industrie durch Finanzdienstleistungen wesentlich stützen. Darunter Allianz, Commerzbank, Deutsche Bank, Société Générale und UniCredit. Eine Geldanlage in fossile Brennstoffunternehmen ist jedoch nicht nachhaltig.

Hinzu kommt das ökonomische Risiko. Studien, beispielsweise von Bloomberg und der London School of Economics, weisen auf das Risiko einer Finanzblase hin, welche zu platzen droht: die Kohlenstoffblase (engl.: Carbon Bubble). Die Aktienwerte fossiler Brennstoffunternehmen und die Weltmarktpreise fossiler Energieträger richten sich stark nach den vorhandenen Reserven und der Annahme, diese auch nutzen zu können. Werden regulative Mechanismen für die Einhaltung des 2°C-Ziels ergriffen und folglich die Verbrennung fossiler Energieträger beschränkt, verlieren die Unternehmen massiv an Wert. Die Aktien werden zu sogenannten „stranded assets“ (verlorene Vermögenswerte). Eine Studie der britischen Bank HSBC zeigt, dass der Wertverlust von Unternehmen und Investitionen im fossilen Sektor 40-60% ausmachen könnte.

Schon heute sind die Lebensgrundlagen vieler Menschen durch die Folgen des Klimawandels bedroht. In Teilen Afrikas und Asiens nehmen Desertifikation und extremer Wassermangel durch lange Dürreperioden bereits erschreckende Ausmaße an. Der Meeresspiegelanstieg stellt eine Gefahr für viele Bewohner von Küstenregionen dar. Gletscherregionen stehen vor dem Verlust ihrer Süßwasserreserven. Auch deswegen ist es Zeit zu handeln – das haben bereits Städte wie Seattle, San Francisco und Oxford erkannt und sich deswegen zu Divestment entschlossen.

Aufgrund der ökonomischen Risiken und den desaströsen Folgen für das Erdsystem fordern wir die Entscheidungsträger*innen in Berlin respektvoll auf, Anlagen aus fossilen Brennstoffunternehmen innerhalb der nächsten fünf Jahre abzuziehen und diese Investitionen in Zukunft durch Anlagerichtlinien auszuschließen.

Investieren Sie stattdessen in eine nachhaltige Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen

Übernommen von [ScienceSceptical](#)